

# Basta!

Nr. 1 / März 2003

Basels starke Alternative

## Beihilfen sind mehr als ein Taschengeld

Das Referendum gegen die schleichende Abschaffung der kantonalen Beihilfen ist mit über 6'400 Unterschriften zustande gekommen. Bereits am 18. Mai kommt das unsoziale Gesetz vors Volk.

Erinnern Sie sich noch? 1998 haben die Stimmberechtigten des Kantons Basel-Stadt mit rund 52% für den Fortbestand der kantonalen Beihilfen gestimmt – und nicht etwa bloss "gegen einen raschen Abbau", wie die Regierung jetzt behauptet. Mit dieser eigenartigen Interpretation des Volkswillens rechtfertigt der Regierungsrat einen Gesetzesentwurf, den er im Oktober 2002 vorgelegt hat. Würde dieses Gesetz in Kraft treten, bedeutete dies einen schleichenden Abbau und letztlich die vollständige Abschaffung der kantonalen Beihilfen. Mit der bürgerlichen Mehrheit hat der Grosse Rat im Januar 2003 der Gesetzesrevision zugestimmt. Einzig die Frakti-

on Bündnis hat im Grossen Rat geschlossen gegen die Vorlage votiert. Basta! hat zusammen mit Organisationen der Behinderten und Betagten sowie mit andern sozial engagierten Parteien und Gruppierungen das Referendum ergriffen. Die hohe Zahl von Unterschriften macht deutlich, dass der Widerstand breiter Bevölkerungsschichten gegen Sozialabbau auf Kosten der Betagten und der Behinderten ungebrochen ist.

Viele Rentnerinnen und Rentner sind heute finanziell gut gestellt. Rente und Pensionskasse erlauben ihnen, ihren Lebensstandard zu wahren. Doch das Dreisäulen-Prinzip, auf dem unsere Altersvorsorge beruht, greift nicht für alle Menschen. In unserem Kanton leben rund 6'500 zu Hause wohnende Rentnerinnen und Rentner, die keine Pensionskassengelder beziehen: beispielsweise Frauen, die in der Zeit vor der Pensionierung im Haushalt und in der Kinderbetreuung Gratisarbeit geleistet oder in schlecht bezahlten Teilzeitstellen gearbeitet haben, oder Menschen mit einer Behinderung von Geburt an,



Die Übergabe der Unterschriften stand unter dem Motto: Betagte und Behinderte haben es satt, eine 2 auf dem Rücken zu haben. (Foto: Martin Flückiger)

Mutationen an:  
Postfach 142, 4005 Basel

AZB  
4005 Basel



Kurz vor Drucklegung dieser Zeitung hat der Krieg gegen den Irak begonnen. Wir sind entsetzt und wütend über das völkerrechtswidrige Vorgehen der USA und ihrer Vasallen. Unsere Solidarität gilt der irakischen Bevölkerung. Dieser Krieg ist nicht zu rechtfertigen. (Artikel auf Seite 6/7)

die nie die Chance hatten, als Arbeitskräfte Pensionskassengelder anzuhäufen. Sie alle haben lediglich Anspruch auf Renten und Ergänzungsleistungen zur Sicherung des täglichen Lebensbedarfs. In Basel-Stadt erhalten diese Menschen zusätzlich kantonale Beihilfen. Dank der Beihilfen sind sie auch dann finanziell unabhängig, wenn nicht alltägliche Auslagen anstehen.

Das neue Gesetz ist eine Reaktion auf ein Urteil der zuständigen Rekurskommission, das im Juni vergangenen Jahres rechtskräftig geworden ist. Das Urteil hält

Fortsetzung Seite 2

## Beihilfen (Fortsetzung)

fest, dass die Regierung den BeihilfebezüglerInnen seit Jahren gesetzwidrig den Teuerungsausgleich nicht gewährt hat. In der Folge mussten die Beihilfen erhöht werden, für Alleinstehende von Fr. 112.- auf Fr. 253.- pro Monat. Die neue Gesetzesvorlage will diesen Betrag wieder auf Fr. 120.- senken und so die BeihilfebezüglerInnen ein weiteres Mal um den lange vorenthaltenen Teuerungsausgleich prellen. Sowohl die neue wie die alte Regelung enthalten zudem einen komplizierten Berechnungsmodus, der

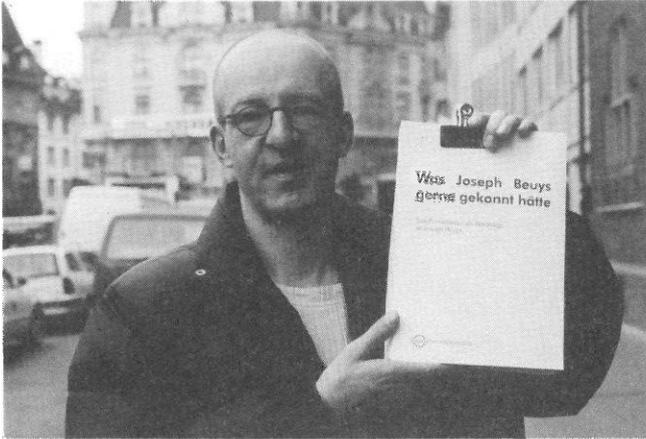
zur schleichenden Abschaffung der Beihilfen führt und für die Bezugsberechtigten kaum nachvollziehbar ist. Das Referendumskomitee hat daher von Anfang an deutlich gemacht, dass auch wir das bestehende Gesetz ändern wollen. Wir schlagen vor, die Beihilfen als festen Betrag zu definieren, der allen Bezugsberechtigten zusteht und jährlich der Teuerung angepasst wird. Dieser Betrag müsste für eine Einzelperson rund Fr. 250.- pro Monat betragen. Da im Kanton Basel-Stadt die Möglichkeit des konstruktiven Referendums noch nicht besteht, bleibt uns nur, nein zu sagen zu einem unsozialen Gesetz und so den Weg für eine bessere Lösung zu ebnen.

Grosse Teile der SP-Fraktion und auch eine Mehrheit des SP-Partei-Vorstands stellen sich hinter Regierungsrat Lewin und behaupten, das neue Gesetz bringe eine "moderate Erhöhung" der Beihilfen. Sie ignorieren das Urteil der Rekurskommission und verschanzen sich hinter Paragraphen und juristischen Spitzfindig-

keiten. Die von Silvia Schenker zusammen mit bürgerlichen PolitikerInnen eingereichte Motion würde die Beihilfen zwar langfristig sichern, aber gleichzeitig auf ein Taschengeld reduzieren. Ganze 83 Franken pro Monat sollen Bezugsberechtigte noch bekommen, und dieser mickrige Betrag würde nicht einmal der Teuerung angepasst. Ausserdem soll diese Motion der Referendumskampagne den Wind aus den Segeln nehmen und so Lewin eine Abstimmungsniederlage ersparen. Die SP hat sich damit von den Interessen der Betagten und Behinderten verabschiedet und deutlich gemacht, dass sie nicht nur in Fragen der Privatisierung öffentlicher Betriebe, sondern auch in sozialen Fragen ein unzuverlässiger Bündnispartner ist.

Jenseits aller Paragraphenreiterei und Vernebelungspolitik lautet die politische Frage, die wir zu beantworten haben: Sind wir bereit, mit den kantonalen Beihilfen einen substanziellen Beitrag zur sozialen Absicherung finanziell benachteiligter Rentnerinnen und Rentner zu leisten, oder lassen wir es zu, dass auf dem Buckel der Betagten und Behinderten gespart wird? Ein deutliches NEIN zum Abbaugesetz der Regierung würde den politischen Druck für eine Neuregelung, wie sie das Referendumskomitee vorschlägt, massiv erhöhen.

Martin Flückiger



Der Künstler Markus Schweizer sammelte als Hommage an Joseph Beuys 1'000 Unterschriften für das Referendum. (Foto: M. Flückiger)

## Fraktion

**Zwei BastA-Mitglieder sind neu in den Grossen Rat nachgerückt. Es handelt sich um Patrizia Bernasconi und Nurettin Elibal. Das Kurzportrait von Patrizia finden Sie auf Seite 4.**

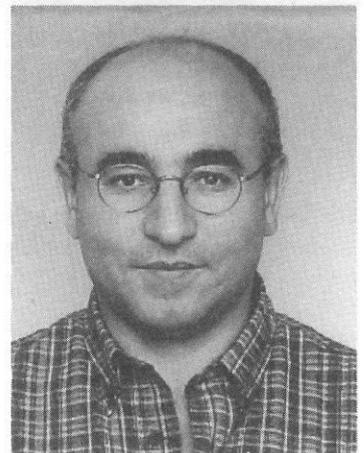
Nurettin Elibal ist in der Türkei aufgewachsen. Er war in der 7. Klasse, als das Militärregime, das am 12. März 1971 an die Macht kam, die 68er-Bewegung blutig unterdrückte. Da begann er sich politisch zu engagieren. Er gründete zusammen mit andern Jugendlichen einen Jugendverein, der sich vor allem gegen die faschistischen Übergriffe der Grauen Wölfe richtete. Die Grauen Wölfe wurden von der Militärregierung unterstützt mit dem Ziel, den Widerstand der sozialistischen Jugendbewegung zu brechen. Später trat Nurettin der linken Bewegung Devrimci Yol (Revolutionärer Weg) bei. Ausserdem war er in der Gewerkschaft der Werktätigen der Eisenbahnerfabrik und in den Genossenschaften der Bauern aktiv.

Am 12. September 1980 putschte das Militär zum dritten Mal in der Geschichte der türkischen Republik und versuchte mit

allen Mitteln, die links-sozialistischen Bewegungen und Parteien zu zerschlagen. Diese Entwicklung führte dazu, dass Nurettin 1984 in die Schweiz kam.

In der Schweiz wurde Nurettin mit der prekären Situation der türkischen und kurdischen MigrantInnen konfrontiert. Er begann sich in der Migrationspolitik zu engagieren. Zusammen mit IdealistInnen schweizerischer, türkischer und kurdischer Herkunft gab er die deutschsprachige Zeitschrift "Merhaba" (Guten Tag) heraus, die während acht Jahren erschien. Diese Gruppe gründete auch die Beratungsstelle "Türk-Danis" für Leute aus der Türkei und führte sie jahrelang ehrenamtlich. Ausserdem hat Nurettin Projekte wie den Verein Regenbogen und Nachhilfestunden für Lehrlinge aus MigrantInnen-Familien entwickelt und geleitet.

Nurettin Elibal ist verheiratet und hat einen 10-jährigen Sohn. In der Schweiz hat er seine Ausbildung als Sozialarbeiter abgeschlossen und während 11 Jahren auf der Vormundschaftsbehörde Basel-Stadt gearbeitet. Er machte eine Weiterbildung als Erwachsenenbildner und arbeitet seit 10 Jahren selbständig auf diesem Beruf. Daneben hat er eine Teilzeitstelle als Lehrkraft und Sozialarbeiter im Bildungs- und Arbeitsprogramm Lotse, in dem stellenlose Jugendliche aus MigrantInnenfamilien während eines Jahres auf die Lehre vorbereitet werden.



Neu im Gossen Rat:  
Nurettin Elibal

Seit der Gründung ist Nurettin Mitglied von BastA!. Er macht gerne Politik in der Fraktion Bündnis. Seine politischen Interessengebiete sind breit gefächert. Demokratische Lösungsansätze in Fragen der Migration und der Integration liegen ihm ebenso am Herzen wie der Kampf gegen alle Formen von Diskriminierung und Gewalt. Auch die Interessen der Werktätigen gegenüber den Arbeitgebern sind ihm ein wichtiges Anliegen. Und nicht zuletzt setzt sich Nurettin für Umweltschutz und eine wohnliche Stadt ein.

Nurettin Elibal ist für Irène Renz in den Grossen Rat nachgerückt. Wir wünschen Nurettin Elibal viel Erfolg als Grossrat der Fraktion Bündnis.

# „Soll ich denn am Claraplatz Blockflöte spielen?“

Beihilfen: Portrait

Die Geschichte ist nicht ausserordentlich – aber gerade das macht sie ausserordentlich wichtig. Sie passiert so oder ähnlich häufiger als man denkt, und wenn sie passiert, ist sie alles andere als lustig. **Martin Brunner** sprach mit Lilo Böhler, einer von über 6'500 Beihilfebezüglerinnen und -bezügern in Basel.

Die ältere Dame ist weder wehleidig noch eine Nörglerin, im Gegenteil: Man müsse das Positive sehen und zu schätzen wissen. Lilo Böhler – vor 6 Jahren verwitwet – lässt sich aber auch nicht auf der Nase rumtanzen. Das hat sie von ihrem Vater, zeitlebens überzeugter Sozi, schon als Kind gelernt. Sie ist ihm dafür dankbar, und sie kann diesen Charakterzug durchaus brauchen: Als Bezügerin von kantonalen Beihilfen hat sie Erfahrung mit dem Gang auf Ämter und mit Beamten, deren Feingefühl oft, aber leider nicht immer über alle Zweifel erhaben ist. Zum Beispiel, als ihr eine junge Angestellte ganz einfach nicht glauben wollte, mit wie wenig Geld sie auszukommen hat, und dass sicher noch irgend eine Eigentumswohnung da sei, die auch in die Berechnung für die Ergänzungsleistungen einzugehen habe. Diese junge Frau sei aber an die Falsche geraten: Die monatlich etwa 2000 Franken – zusammen mit wenig Erspartem, das schon fast aufgebraucht ist – müssten reichen, ob man's glaubt oder nicht.

## Gerichtswahlen

Am 12./13. April finden in Basel Gerichtswahlen statt. SP, Grüne und BastA! haben sich für diesen Wahlgang auf eine gemeinsame Liste geeinigt. Für BastA! kandidiert Rosmarie Gugger-Häring, die bereits in der vergangenen Amtsperiode als ordentliche Richterin am Zivilgericht tätig war.

**Wir empfehlen, die Liste 2 (SP, Grüne und BastA!) unverändert einzulegen.**

Die Geschichte von Lilo Böhler ist unspektakulär:

Eine Lehre lag nur für den älteren Bruder, aber nicht für sie selbst drin – Heirat mit dem ebenfalls ungelerten X. – Geburt eines Sohnes, der mit den Eltern in der kleinen Dreizimmerwohnung im Kleinbasel aufwächst, die Lilo Böhler noch heute bewohnt – die Arbeit des Vaters als Magaziner und ihre eigene als ungelernete Arbeiterin an verschiedenen Orten bringt gerade soviel, dass man durchkommt – die Lehre des Jungen ist nur mit einem von der Gewerkschaft vermittelten Stipendium möglich – Erkrankung des Ehemannes, der mit 61 IV-Rentner wird und anderthalb Jahre später stirbt. Seither lebt Lilo Böhler allein, immer noch am selben Ort im Kleinbasel (727 Fr./Mt.).

In letzter Zeit ist sie beunruhigt: Sie befürchtet Renovationen, und damit verbunden eine Mietzinserhöhung. Aber wo sparen bei diesem Budget? Vielleicht beim einzigen Luxus, den sie sich leistet, dem sonntäglichen Mittagessen im nahegelegenen Altersheim zum Lamm (Fr. 15.- incl. Dessert und Kaffee)? „Aber wen sehe ich dann noch? Man kann doch nicht immer allein sein!“ – Oder etwa bei den Vergnügungen? Geht leider nicht, denn die hat sie schon lange gestrichen. Der letzte Ausgang sei ein Heilsarmee-Konzert in der Martinskirche gewesen, zu der sie eine Freundin eingeladen habe. Ansonsten ist Heimkino ange-sagt.

Wenn Lilo Böhler darüber nachdenkt, was passiert, wenn das Ersparte aufgebraucht, die Wohnung teurer und die Beihilfe erst noch reduziert sein wird, dann wird sie manchmal von panikartigen Ängsten ergriffen, die sich erst nach einiger Zeit, etwa nach Gesprächen beim Sonntagsessen, wieder legen. Aber sie lässt sich die gute Laune nicht so leicht verderben. Sie reist gerne und oft, nicht per Flugzeug, son-



„Ich bin ein Kämpfer-Typ.“ Lilo Böhler anlässlich der Übergabe der Unterschriften. (Foto: Martin Flückiger)

dern mit dem Umweltabo in der näheren Umgebung, wo sie auch alle Beizen kennt, die günstig Kaffi und Diabetiker-Gipfeli anbieten. Mit Wandern sorgt sie dafür, dass ihre Gesundheit erhalten bleibt, und sie unterhält sich und ihre Freunde mit Viertelern: *Ein Mann namens Otto, der spielte gern Lotto. Dann fing er an zu saufen. Die Frau ist ihm davon gelaufen. Was im Verslein lustig anfängt, endet schlimm.* Das entspricht durchaus Lilo Böhlers Stimmung: Auch wenn sie sich alle Mühe gibt positiv zu denken: Unruhe und Angst vor einer ungewissen Zukunft bleiben.

Ihre Wünsche für diese Zukunft? Die ganz grossen behält sie lieber für sich, aber so ein diatonisches Handörgeli\*, das wäre schon toll. „Während des Krieges musste mein Vater das Instrument, auf dem ich spielen gelernt hatte, verkaufen, weil wir knapp bei Kasse waren.“ Heute – mehr als 50 Jahre später – kann sie es sich noch immer nicht leisten.

Lilo Böhler über sich: „Ich bin ein Kämpfer-Typ. Ich finde es ungerecht, dass dort, wo Geld wirklich knapp ist, noch zusätzlich gespart werden soll.“ Und nicht nur ungerecht, sondern auch dumm: „Wenn ich z.B. sonntags nicht mehr essen gehe, dann ist das nicht gut für meine Gesundheit – und das belastet die öffentliche Hand ja auch.“

Martin Brunner

\* Wer billig oder gratis eine (gebrauchte) diatonische Handorgel abzugeben hat, ist gebeten, sich bei der Redaktion zu melden. Das Instrument wird abgeholt. Danke.

# „Soll ich denn am Claraplatz Blockflöte spielen?“

Beihilfen: Portrait

Die Geschichte ist nicht ausserordentlich – aber gerade das macht sie ausserordentlich wichtig. Sie passiert so oder ähnlich häufiger als man denkt, und wenn sie passiert, ist sie alles andere als lustig. **Martin Brunner** sprach mit Lilo Böhler, einer von über 6'500 Beihilfebezüglerinnen und -bezügern in Basel.

Die ältere Dame ist weder wehleidig noch eine Nörglerin, im Gegenteil: Man müsse das Positive sehen und zu schätzen wissen. Lilo Böhler – vor 6 Jahren verwitwet – lässt sich aber auch nicht auf der Nase rumtanzen. Das hat sie von ihrem Vater, zeitlebens überzeugter Sozi, schon als Kind gelernt. Sie ist ihm dafür dankbar, und sie kann diesen Charakterzug durchaus brauchen: Als Bezügerin von kantonalen Beihilfen hat sie Erfahrung mit dem Gang auf Ämter und mit Beamten, deren Feingefühl oft, aber leider nicht immer über alle Zweifel erhaben ist. Zum Beispiel, als ihr eine junge Angestellte ganz einfach nicht glauben wollte, mit wie wenig Geld sie auszukommen hat, und dass sicher noch irgend eine Eigentumswohnung da sei, die auch in die Berechnung für die Ergänzungsleistungen einzugehen habe. Diese junge Frau sei aber an die Falsche geraten: Die monatlich etwa 2000 Franken – zusammen mit wenig Erspartem, das schon fast aufgebraucht ist – müssten reichen, ob man's glaubt oder nicht.

## Gerichtswahlen

Am 12./13. April finden in Basel Gerichtswahlen statt. SP, Grüne und BastA! haben sich für diesen Wahlgang auf eine gemeinsame Liste geeinigt. Für BastA! kandidiert Rosmarie Gugger-Häring, die bereits in der vergangenen Amtsperiode als ordentliche Richterin am Zivilgericht tätig war.

**Wir empfehlen, die Liste 2 (SP, Grüne und BastA!) unverändert einzulegen.**

Die Geschichte von Lilo Böhler ist unspektakulär:

Eine Lehre lag nur für den älteren Bruder, aber nicht für sie selbst drin – Heirat mit dem ebenfalls ungelerten X. – Geburt eines Sohnes, der mit den Eltern in der kleinen Dreizimmerwohnung im Kleinbasel aufwächst, die Lilo Böhler noch heute bewohnt – die Arbeit des Vaters als Magaziner und ihre eigene als ungelernete Arbeiterin an verschiedenen Orten bringt gerade soviel, dass man durchkommt – die Lehre des Jungen ist nur mit einem von der Gewerkschaft vermittelten Stipendium möglich – Erkrankung des Ehemannes, der mit 61 IV-Rentner wird und anderthalb Jahre später stirbt. Seither lebt Lilo Böhler allein, immer noch am selben Ort im Kleinbasel (727 Fr./Mt.).

In letzter Zeit ist sie beunruhigt: Sie befürchtet Renovationen, und damit verbunden eine Mietzinserhöhung. Aber wo sparen bei diesem Budget? Vielleicht beim einzigen Luxus, den sie sich leistet, dem sonntäglichen Mittagessen im nahegelegenen Altersheim zum Lamm (Fr. 15.- incl. Dessert und Kaffee)? „Aber wen sehe ich dann noch? Man kann doch nicht immer allein sein!“ – Oder etwa bei den Vergnügungen? Geht leider nicht, denn die hat sie schon lange gestrichen. Der letzte Ausgang sei ein Heilsarmee-Konzert in der Martinskirche gewesen, zu der sie eine Freundin eingeladen habe. Ansonsten ist Heimkino ange-sagt.

Wenn Lilo Böhler darüber nachdenkt, was passiert, wenn das Ersparte aufgebraucht, die Wohnung teurer und die Beihilfe erst noch reduziert sein wird, dann wird sie manchmal von panikartigen Ängsten ergriffen, die sich erst nach einiger Zeit, etwa nach Gesprächen beim Sonntagsessen, wieder legen. Aber sie lässt sich die gute Laune nicht so leicht verderben. Sie reist gerne und oft, nicht per Flugzeug, son-



„Ich bin ein Kämpfer-Typ.“ Lilo Böhler anlässlich der Übergabe der Unterschriften. (Foto: Martin Flückiger)

dern mit dem Umweltabo in der näheren Umgebung, wo sie auch alle Beizen kennt, die günstig Kaffi und Diabetiker-Gipfeli anbieten. Mit Wandern sorgt sie dafür, dass ihre Gesundheit erhalten bleibt, und sie unterhält sich und ihre Freunde mit Viertelern: *Ein Mann namens Otto, der spielte gern Lotto. Dann fing er an zu saufen. Die Frau ist ihm davon gelaufen. Was im Verslein lustig anfängt, endet schlimm.* Das entspricht durchaus Lilo Böhlers Stimmung: Auch wenn sie sich alle Mühe gibt positiv zu denken: Unruhe und Angst vor einer ungewissen Zukunft bleiben.

Ihre Wünsche für diese Zukunft? Die ganz grossen behält sie lieber für sich, aber so ein diatonisches Handörgel\*, das wäre schon toll. „Während des Krieges musste mein Vater das Instrument, auf dem ich spielen gelernt hatte, verkaufen, weil wir knapp bei Kasse waren.“ Heute – mehr als 50 Jahre später – kann sie es sich noch immer nicht leisten.

Lilo Böhler über sich: „Ich bin ein Kämpfer-Typ. Ich finde es ungerecht, dass dort, wo Geld wirklich knapp ist, noch zusätzlich gespart werden soll.“ Und nicht nur ungerecht, sondern auch dumm: „Wenn ich z.B. sonntags nicht mehr essen gehe, dann ist das nicht gut für meine Gesundheit – und das belastet die öffentliche Hand ja auch.“

Martin Brunner

\* Wer billig oder gratis eine (gebrauchte) diatonische Handorgel abzugeben hat, ist gebeten, sich bei der Redaktion zu melden. Das Instrument wird abgeholt. Danke.

# Kriseninterventionsstellen: ein „hot“-Projekt

Vor zwei Jahren wurde das Projekt „hot“ (help our teachers) vom Erziehungsdepartement (ED) gestartet. Auf Grund einer Studie, die das ED in Auftrag gegeben hatte, war deutlich geworden, dass Verbesserungen im Bereich der Arbeitsbedingungen, Belastungen und Ressourcen der Lehrerschaft Basel-Stadt nötig sind.



Im Frühling 2002 erteilte Departementsvorsteher Eymann Aufträge an fünf Arbeitsgruppen zu folgenden Themen: Probleme mit schwierigen Schülerinnen und Schülern, Information und Kommunikation, Kerngeschäft und Zusatzaufgaben, Weiterbildung, Führung und Kultur. Die Arbeitsgruppen haben nun ihre Berichte vorgelegt.

Als Heilpädagogin haben mich im Speziellen die Empfehlungen der AG „Probleme mit schwierigen SchülerInnen“ im Zusammenhang mit der Kriseninterventionsstelle interessiert.

Im Schulblatt 2/2003 ist darüber zu lesen: *„Die Ulich-Studie hat deutlich gemacht, dass der Umgang mit schwierigen SchülerInnen die Lehrkräfte stark belastet. Um hier rasch Abhilfe zu schaffen, hält die Steuergruppe die Einrichtung von Kriseninterventionsstellen auf verschiedenen Stufen für besonders wichtig.“*

Seit einiger Zeit bieten die Kleinklassen eine Kriseninterventionstelle (KIS) für Kinder mit besonderen Problemen an. Die KIS soll mithelfen, krisenhafte Entwick-

lungen zwischen SchülerInnen und Lehrkräften kurzfristig und unbürokratisch anzugehen. Im letzten Jahr wurden 32 SchülerInnen vorübergehend aufgenommen, 20 weitere Anfragen mussten abgewiesen werden. Die Überweisung erfolgte meistens über das Rektorat der Kleinklassen, aber auch der Sozialpädagogische Dienst und die Abteilung Kinder- und Jugendschutz (AKJS) stellten Anträge. Die überwiesenen SchülerInnen werden unterschiedlich lang von z.Zt. 3 Fachpersonen betreut. Bei der Krisenintervention geht es darum abzuklären, ob eine kurze, 2 – 3-wöchige Entlastung der Klasse sinnvoll ist, oder ob eine längerfristige Krisenbearbeitung nötig ist. In diesem Fall bleibt die Schülerin oder der Schüler maximal 2-3 Monate in der Interventionsstelle. Danach muss entschieden werden, wo das Kind weiterhin zur Schule gehen kann.

Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass für die veränderten Rahmenbedingungen in Gesellschaft und Familie das Gesamtgefüge „Schule und Betreuung“ nicht mehr genügt. Es braucht zusätzliche Infrastruktur, um diesen Veränderungen begegnen zu können: z.B. Tagesschulen, Horte, sozialpädagogische Betreuung, oder eben Kriseninterventionsstellen.

Und hier beginnt meine grosse Skepsis! Die Schulen erhalten den Auftrag, die von der Steuergruppe ausgewählten Massnahmen umzusetzen, die Mittel dafür werden aber nicht zur Verfügung gestellt. Zwar wurden für das Kriseninterventionspaket für alle Stufen Fr. 350'000.- bereitgestellt, aber das ist lediglich ein Tropfen auf den heissen Stein. Ich vermute, dass die umzusetzenden Massnahmen in Zukunft aus dem Unterrichtslektionendach (ULD) finanziert werden sollen, und das würde wieder auf Kosten der SchülerInnen gehen – ein Kreislauf, den wir in der Schule zur Genüge kennen!

Es braucht ein Gesamtprojekt, die finanziellen Mittel und den politischen Willen, um tatsächlich eine Verbesserung für die Schule herbei zu führen! Es kann m.E. auch nicht nur darum gehen, sehr schwierige SchülerInnen „auszusondern“. Es besteht die Gefahr, dass immer mehr verhaltensauffällige Kinder oder Jugendliche aus der Regelschule in die Kleinklassen oder in die KIS überwiesen werden.

Ich nehme den Departementsvorsteher Eymann beim Wort, der sagt, dass er sich in Zukunft weiterhin dafür einsetzen werde, dass die Schulen mehr Mittel erhalten.

*Regula Enggist, Erziehungsrätin*

## Fraktion

### Neu im Grossen Rat: Patrizia Bernasconi

Es war kaum verwunderlich, dass Patrizia Bernasconi als erste Amtshandlung in ihrer ersten Grossratssitzung eine Interpellation betreffend Mietfragen einreichte. Sie verlangte vom Regierungsrat Auskunft über die Zweckentfremdung von Wohnungen an der Rosentalstrasse. Mietpolitische und mietrechtliche Fragen gehören zum Alltag der Geschäftsleiterin des Mieterinnen- und Mieterverbands Basel.

Als Soziologin beschäftigt Patrizia nicht nur der finanzielle Aspekt des Wohnens – Personen mit niedrigen bis mittleren Einkommen geben rund einen Drittel für die Miete aus – sondern auch die soziologische Perspektive. Wohnen bedeutet mehr als nur „ein Dach über den Kopf haben“. Die Wohnung ist einerseits der Ort der Intimität. Andererseits ist jedoch die Wohn- und Lebensqualität eng mit dem städtischen Wohnumfeld verknüpft. Deshalb ist Patri-

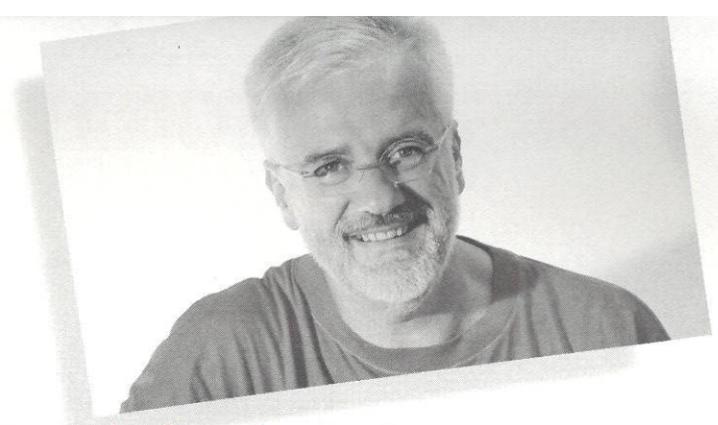
zia überzeugt, dass Stadtentwicklung und Verkehr bei Miet- und Wohnfragen immer mit berücksichtigt werden müssen. Gemeinsam mit andern BastA!-Mitgliedern hat sie die Broschüre „Mobilität mit Qualität“ verfasst, in der Vorstellungen einer lebendigen, lebensfreundlichen Stadt entwickelt und Massnahmen diskutiert werden, wie solche Visionen Wirklichkeit werden könnten. (Die Broschüre kann mit dem Talon auf der letzten Seite bestellt werden. Unkostenbeitrag Fr. 5.-)

Patrizia hat die Schule bis zur Matura im Tessin besucht und sich anschliessend an der Uni Basel immatrikuliert. Während dieser Zeit war sie in der Studentinnen- und Studentenschaft aktiv. Nach der Uni hat sie beschlossen, in ihrer Wahlheimat Basel zu bleiben. Dazu kam später die Entscheidung, parteipolitisch tätig zu werden. Sie ist im Jahr 1997 BastA! beigetreten und seit 1998 Mitglied der BastA!-Koordinati-on. Da sie selber eine Fremdsprache spricht, ist sie besonders auf die Thematik der sprachlichen Integration von Ausländerinnen und Ausländern sensibilisiert.



*Neu im Grossen Rat:  
Patrizia Bernasconi*

Patrizia Bernasconi ist an Stelle von Ursula Glück, ehemaliges Mitglied der inzwischen aufgelösten Frauenliste, in den Grossen Rat nachgerückt. Wir wünschen ihr viel Erfolg in ihrer politischen Tätigkeit als Grossrätin der Fraktion Bündnis.



Liebe Freundinnen, liebe Freunde

**Am 18. Mai stimmen wir über ein Gesetz ab, das die kantonalen Beihilfen für finanziell benachteiligte Rentnerinnen und Rentner schrittweise abbauen und schliesslich ganz abschaffen will.**

Im Grossen Rat votierte einzig die Fraktion Bündnis geschlossen gegen das Gesetz. Hingegen lehnen fast alle Organisationen der Betagten und der Behinderten die neue Regelung ab.

Wir haben in dieser Zeitung ausführlich dargelegt, worum es bei der Abstimmungsvorlage geht. BastA! hat sich zusammen mit andern sozial engagierten Gruppierungen dafür eingesetzt,

dass das Referendum zustande gekommen ist. Der wichtigere Schritt steht uns aber noch bevor. Jetzt gilt es, eine Mehrheit der Stimmberechtigten davon zu überzeugen, dass das unsoziale Gesetz abgelehnt werden muss, um so den Weg zu ebnen für eine bessere Lösung.

# BastA!

## Basels starke Alternative

BastA!  
Basels starke  
Alternative  
Rebgasse 1  
Postfach  
4005 Basel  
Tel./Fax  
061 691 16 31  
PC 40-31244-5

Abstimmungskampagnen kosten Geld. Pro Infirmis und Pro Senectute haben angekündigt, dass sie gemeinsam einen Plakataushang finanzieren werden. Das Referendumskomitee wird mit Inseraten in den Medien präsent sein. BastA! hat beschlossen, eine Abstimmungszeitung zu produzieren und in die Haushalte zu verteilen. Die Abstimmungszeitung wird neben den kantonalen Beihilfen auch die eidgenössischen Vorlagen berücksichtigen, denn da stehen ebenfalls brisante Themen zur Debatte.

Die Verteilung der Abstimmungszeitung in die Haushalte leisten unsere Mitglieder ehrenamtlich. Gestaltung und Produktion der Zeitung kosten uns rund Fr. 10 000.–. BastA! schreibt erfreulicherweise zum ersten Mal seit langem wieder schwarze Zahlen. Doch ausserordentliche Ausgaben in der erwähnten Höhe sprengen unser Budget. Wir sind auf Gönnerinnen und Gönner angewiesen.

**Mit Ihrer Spende leisten Sie einen Beitrag zu einer farbigen und gehaltvollen Abstimmungskampagne.**

Wir hoffen, dass es uns wie schon in der Abstimmung vor fünf Jahren gelingt, eine Mehrheit der Stimmberechtigten davon zu überzeugen, dass die kantonalen Beihilfen für finanziell benachteiligte Rentnerinnen und Rentner langfristig gesichert werden müssen.

Mit freundlichen Grüssen  
Urs Müller, Grossrat Bündnis (BastA!)

Das 3. Weltsozialforum (WSF) in Porto Alegre fand zu einer Zeit statt, in der die globale Krise des Kapitalismus sich verschärfte. Denken wir nur an die heraufziehende Rezession der Weltwirtschaft, die Korruptionsskandale in grossen Unternehmungen, die sich zuspitzenden Probleme und sozialen Kämpfe in Lateinamerika und den Krieg gegen den Irak. Hans Schäppi hat als Gewerkschaftsdelegierter am WSF teilgenommen. Er war nicht nur von der Aufbruchstimmung beeindruckt, sondern auch von der Entschlossenheit, gemeinsam gegen imperialistische Kriege, Rassismus, Armut, Patriarchat und andere Formen der Ausgrenzung und Diskriminierung anzutreten.



Das WSF gewinnt an Bedeutung. Über 100'000 Personen aus 126 Ländern nahmen dieses Jahr teil. Das sind fast doppelt so viele wie letztes Jahr und fünfmal mehr als 2001. Unter den Teil-

nehmenden waren etwa 25'000 Jugendliche. Auffallend war auch die starke Präsenz von Frauen, die nicht nur mindestens die Hälfte der Teilnehmenden stellten, sondern auch auf Podien und in den Workshops eine wichtige Rolle spielten und nicht selten die Männer an Argumentationskraft und Ausstrahlung übertrafen. Die zunehmende Bedeutung des WSF wird aber auch deutlich in der besseren Präsenz in den Medien. Zumindest in Lateinamerika hat das WSF dem WEF den Rang abgelaufen. Häufig waren Gegenüberstellungen der friedlichen und offenen Atmosphäre in Porto Alegre mit der polizeilich und militärisch abgeriegelten Alpenfestung Davos.

Die wichtigste Botschaft des WSF an die Weltöffentlichkeit war sicher das klare und bedingungslose Nein zum drohenden Krieg der USA gegen den Irak. Dieser imperialistische Krieg zeichnet sich durch zwei Dinge aus: erstens durch die vollständige Dominanz der USA, und zweitens durch ein ebenso totales Legitimationsdefizit. Am Beispiel der Diskussion um den drohenden Krieg wurde deutlich, dass sich die Antiglobalisierungsbewegung politisiert hat. Während der Afghanistankrieg am letzten WSF noch kontrovers diskutiert und vorab aus ethischen und pazifistischen Motiven abgelehnt worden ist, wurde der drohende Krieg gegen den Irak klarer in seine sozialökonomischen und politischen Zusammenhänge gestellt. Es geht in diesem Krieg, das war allen klar, nicht um die Beseitigung eines Diktators und ebenso wenig um Demokratie. In wichtigen Erdölgebieten braucht die USA ja diktatorische Regimes oder Protektorate, weil bei demokratischen oder nationalistischen Regierungen immer die Gefahr besteht, dass das Erdöl in den Dienst des Volkes und nicht der Erdölmultis gestellt wird. In den meisten Ländern lehnt eine Mehrheit des Volkes diesen Krieg ausdrücklich ab. Dies sind die Gründe, dass es heute eine so starke Antikriegs-

bewegung gibt, wie es sie im Vorfeld eines Krieges noch nie gegeben hat. Kern der Bewegung sind Jugendliche zwischen 16 und 17 Jahren, was ein starkes Zeichen der Hoffnung darstellt. Der erfolgreiche weltweite Antikriegstag wurde bekanntlich am europäischen Sozialforum in Florenz beschlossen. Ohne Antiglobalisierungsbewegung wäre eine so starke, weltweit vernetzte Antikriegsbewegung nicht zustande gekommen.

Nein zum Krieg hiess in Porto Alegre aber auch Nein zur rasanten Militarisierung der Gesellschaften seit den Anschlägen vom 11. September, Nein zur zunehmenden staatlichen Repression gegen kämpferische soziale Bewegungen, Nein zum Krieg gegen PalästinenserInnen, Nein zum Krieg in Tschetschenien, Nein zur militärischen Unterdrückung des kurdischen Volkes, Nein zum "schmutzigen Krieg" der USA und ihres faschistoiden Marionettenregimes in Kolumbien, Nein zum in den USA ausgeheckten Putschversuch in Venezuela und schliesslich auch Nein zur Blockade gegen Kuba.

Wichtige Themen neben Krieg, Imperialismus und Militarisierung waren die Kampagne gegen die geplante Pan-Amerikanische Freihandelszone ALCAR, die Stopp-GATS-Kampagne gegen die weltweite Liberalisierung der Dienstleistungen, die Frage der Privatisierungen im Gesundheits- und Bildungsbereich sowie die Kampagne ge-

gen die Privatisierung des Wassers.

Die Teilnahme am WSF in Porto Alegre hat mich in meiner Meinung bestärkt, dass in der Antiglobalisierungsbewegung eine Bewegung heranwächst, die sich von der traditionellen Linken sozialdemokratischer oder kommunistischer Provenienz unterscheidet und uns heute die Chance einer Neubegründung linker Politik und die Aussicht auf die Verwirklichung einer demokratischen Alternative eröffnet. Beat Ringger schreibt in seinen Überlegungen zu Porto Alegre: "Wir sind überzeugt, dass sich ein neuer Mai 68 vorbereitet." Das erstaunlichste an der globalisierungskritischen Bewegung ist für mich die Tatsache, dass es bis heute gelungen ist, sowohl die Radikalität der Bewegung als auch deren Einheit zu bewahren.

Es wird in Zukunft eine zentrale Aufgabe der globalisierungskritischen Bewegung sein, sich gegen Versuche von Parteien oder Organisationen zur Wehr zu setzen, die Bewegung für ihre Zwecke zu vereinnahmen oder ihr Bedingungen auferlegen zu wollen. Zentral ist zudem aus meiner Sicht ein verstärktes Engagement von kämpferischen Gewerkschaften, denn eine Bewegung, die den Bereich der Produktion und der Betriebe ausklammert, hat keine reale Chance, die Machtstrukturen der Gesellschaft in Richtung einer demokratischen Alternative zu verändern.

*Hans Schäppi*



Eröffnungskundgebung in Porto Alegre (Bild: Hans Schäppi)

# Eine weltweite Friedensbewegung ist erwacht

Krieg gegen Irak

Der Millionenprotest gegen den Irak-Krieg hat uns Mut gemacht. Nun ist es klar, dass dem Führungsanspruch der Bush-Administration für die sogenannte "freie Welt" von der Bevölkerung ebendieser eine deutliche Absage erteilt wird. (Der vorliegende Artikel wurde vor Ausbruch des Kriegs geschrieben)

Zum ersten Mal haben wir weltweit gesehen, dass auch die *Linke* zu globalem schlagkräftigem Handeln fähig ist. Europäer, Australier und auch viele Amerikaner haben erkannt, dass Bushs heiliger Krieg gegen die Bösen im Kern imperialistische Aggressionspolitik ist. Die arrogante Machtpolitik der USA wird nicht akzeptiert, und weltweit beginnt sich Widerstand zu formieren.

Gleichzeitig ist eine solch breite Mobilisierung auch Ausdruck von grosser Besorgnis und Angst: Das von der US-Regierung vorgegebene Bemühen um mehr Sicherheit ist als reine Scheinargumentation entlarvt. Die Wahrscheinlichkeit von terroristischen Anschlägen würde mit einem Krieg gegen den Irak massiv erhöht, und im Irak selber ist mit hunderttausenden von Toten zu rechnen. Weitere Entwicklungsmöglichkeiten wären ein Einmarsch der türkischen Armee im kurdischen Nordirak, die weitere Knechtung der irakisch-schiitischen Bevölkerungsmehrheit durch ein US-amerikanisches Lakaienregime und entsprechende bürgerkriegsähnliche Zustände, ein möglicher anschliessender US-Angriff auf

den Iran, eine weitere "stille" Annektierung palästinensischer Gebiete durch Israel und kurdischer durch die Türkei etc. etc.... Es droht die Gefahr eines Flächenbrandes!

Vom Widerstand aus arabischen Ländern hören wir Unterschiedliches. Massiv soll er in den besetzten Gebieten sein. In Damaskus und auch weiteren Städten gab es Demonstrationen, aber kaum welche in Nordafrika, Saudi-Arabien, Iran etc.: Fortgeschrittene Verarmung und Bedrohung, bzw. Mitleid mit einem brutal unterdrückten Volk sind Nährboden für naive Hoffnungen nach einer starken Hand, auf die man all seine Wünsche projizieren kann (ähnlich wie in Osteuropa). Dem Widerstand entgegen wirkt im Weiteren die Einschüchterung durch die Sicherheitsorgane vieler arabischen Herrscher, die – oft selber diktatorisch – keine Proteste dulden. Und schliesslich haben die fehlenden politischen Perspektiven Angst und Demotivation zur Folge, was am Beispiel Iraks, wo die ehemals starke Linke praktisch total zer schlagen ist, gut gezeigt werden kann.

Der Ausbau des amerikanischen Imperiums schreitet voran. Momentan geht es um

die Sicherung möglichst vieler Energiequellen, weil die US-eigenen langsam zur Neige gehen. Mittelfristige Perspektive ist der Auf- und Ausbau einer möglichst günstigen wirtschaftlichen und militärischen Position insbesondere gegenüber dem zukünftigen Konkurrenten China. Dabei sind alle Mittel recht: Willkürliche Wirtschaftsanktionen, Negation dringend notwendiger, allgemein verbindlicher ökologischer Standards, Unterstützung von Unrechtsregimes in Süd- und Mittelamerika über Israel bis hin zu fernöstlichen Statthaltern amerikanischer Interessen, und eben – massive Aufrüstung und Krieg.

Zurück zu unserem bescheidenen politischen Alltag: Wie kannst Du Dich gegen den Krieg national und hier in Basel engagieren?

- In Basel organisiert das regionale Bündnis gegen den Krieg jeden Freitag von 17.30 bis 18.30 eine Aktion Friedenszeichen auf dem Barfi. Alle sind willkommen; am besten mit Transparenten, Musikinstrumenten etc.
- Wahrscheinlich findet am 8. April auf der Palmrheinbrücke eine interregionale Demo statt (speziell zur Unterstützung der irakischen Frauen).
- Am Tag nach Angriffsbeginn treffen wir uns abends um 18h auf dem Barfi zu einer Protestkundgebung und...
- ... am Samstag danach wieder im nationalen Rahmen (sofern mindestens 3 Tage dazwischenliegen)
- Daneben gibt es verschiedene Initiativen der Gruppe Schweiz ohne Armee (GSOA) und weiteren Gruppen zu Themen wie Rüstungshandel mit den USA, Beibehaltung des Überflugverbots, Petitionen, E-mail-Aufrufe etc.
- Der Demo-Song „Mr. Bush, you are not the president of this world“: Er ist von „Littlebigmen“ und kann als mp3 kostenlos unter [www.littlebigmen.ch](http://www.littlebigmen.ch) heruntergeladen werden.
- Weitere Informationen finden sich auf der Homepage der GSOA.

Bitte macht die verschiedenen Termine und Aktivitäts- und Vernetzungsmöglichkeiten in eurer Umgebung bekannt. Danke.

Stefan Ryser

## Frauen – Macht – Gewerkschaft Gemeinsam für mehr Gerechtigkeit!

So lautet das Motto der diesjährigen 1. Mai-Demonstration

09.30 Uhr Besammlung auf dem Messeplatz

10.30 Uhr Kundgebung auf dem Marktplatz mit:

- Regula Rytz, Sekretärin SGB
- Marta Maffei, Vicepräsidentin CTA, Argentinien
- Franco Basciani, SMUV, Glarus
- Dr. Edward Badeen, Präsident "Verein für die Unterstützung notleidender Palästinenser Kinder"

ab 11.30 Uhr Anschlussfeier auf dem Barfüsserplatz

Heraus zum 1. Mai!

# “In einem Bächlein helle...”

Satire

Ralph L. mag Bus und Tram, das ist bekannt. Trotzdem kommt aus seinem Departement der bahnbrechende Vorschlag, die BVB auszulagern. Ralph L. ist nicht mehr der jüngste, auch das ist bekannt. Trotzdem missgönnt er den Rentnerinnen und Rentnern die kantonalen Beihilfen. Und er schätzt die Musik von Schubert. Wie passt das alles zusammen?

Des Rätsels Lösung liefert die schlecht recherchierte Story unseres Sonderkorrespondenten für nicht SP-taugliche Themen [max.zorn@basta-bs.ch](mailto:max.zorn@basta-bs.ch).

Ralph L. ist zufrieden. Sein Gehalt stimmt, und seine Mannschaft hat gute Arbeit geleistet. Er hatte ihr den Auftrag erteilt, eine Gesetzesvorlage auszubrüten, die kein Schwein begreift. Nun liegt das Produkt vor ihm. Selbst L. versteht nur Bahnhof. Doch seine Experten haben ihm versichert, mit dieser Vorlage könne er sein Gesicht wahren. Höchstens einige linke Spinner würden bemerken, dass es sich um Sozialabbau handelt. Seinen Parteikolleginnen und -kollegen könne er die Vorlage getrost als “langfristige Sicherung der Beihilfen” verkaufen. In der Fraktion werde seine rechte Hand – Sylvia S. – die Sache schon richten. Und die Rekurskommission brauche er auch nicht zu fürchten.

Nur ungern erinnert sich Ralph L. an den 14. Juni des vergangenen Jahres, als man ihm das katastrophale Urteil obgenannter Kommission eröffnet hat. Gesetzwidriges Verhalten hat man seinem Departement vorgeworfen und festgehalten, dass die Beihilfen der Teuerung angepasst werden müssen. L. hat die Welt nicht mehr begriffen. Wild hat er mit den Händen gefuchelt und seine Parteikollegin, die das erwähnte Urteil unterzeichnet hat, ins Pfefferland gewünscht. Abends dann hat er sich zur Beruhigung Schuberts Lied von der Forelle reingezogen. Und da ist ihm die Glandee gekommen: Im Trüben fischen, das ist es!

Beschwingt ist Ralph L. anderntags zur Arbeit gegangen und hat leise vor sich hingemurmelt: “In einem Bächlein helle...” Als erstes hat er seine Experten um sich geschart. “Lebt euch aus!”, hat er ihnen zugerufen, “baut Barrikaden aus Paragraphen und juristischen Spitzfindigkeiten! Ich will ein Gesetz, das seinen eigentlichen Sinn und Zweck derart vernebelt, dass keiner und keine draufkommt!” Die Experten liessen sich das nicht zweimal sagen. Und wie gesagt, sie haben gute Arbeit geleistet. Das Medienecho war positiv. Tele Basel hatte keine Ahnung, worum es geht. Bei der Basler Zeitung roch einzig Jürg M. den Braten, doch den hat die Lokalredaktion noch nie wirklich ernst genommen.

Ralph L. ist zufrieden. Alles verläuft planmässig.

Die Rentnerin Linda S. brütet über der Verfügung betreffend die kantonalen Beihilfen, die sie soeben erhalten hat. Sie versteht seit längerem die Welt nicht mehr. Da wird ihr regelmässig mitgeteilt, dass AHV und Ergänzungsleistungen erhöht werden, doch sie spürt nichts davon. Denn gleichzeitig werden die kantonalen Beihilfen gekürzt. Sie versteht das nicht. Jahr für Jahr bangt sie: Mit welchem Einkommen kann ich rechnen? Und dann kommt eine Verfügung, die sie nicht begreift. Auch ihr Nachbar, der eine kaufmännische Ausbildung hat und einen kleinen Quartiersladen betreibt, kann ihr nicht weiterhelfen. “Das ist Juristendeutsch!” pflegt er zu sagen, “da versteh ich nur Bahnhof.”

Linda S. erinnert sich, dass man vor noch nicht allzu langer Zeit über die Beihilfen abgestimmt hat. Das Volk hat für den Fortbestand der Beihilfen votiert, das weiss sie genau. Linda S. ist nicht senil. Und sie weiss auch, wem sie den ganzen Schlamassel zu verdanken hat: dem sympathischen Sozialdemokraten Ralph L., dessen Namen sie anlässlich der letzten Wahlen mit zittriger Handschrift auf den leeren Wahlzettel gesetzt hat, zusammen mit dem nicht minder sympathischen Ueli V. Jetzt zweifelt sie an ihrem damaligen Entscheid. Sie beginnt sich zu fragen, wem diese beiden Herren wohl dienen, und was der Sozialdemokrat L. wohl unter “sozial”, und was unter “demokratisch” versteht ...

[max.zorn@basta-bs.ch](mailto:max.zorn@basta-bs.ch)

Ich interessiere mich für BastA! Schickt mir mehr Unterlagen.

Ich möchte regelmässig von BastA! hören. Ich spende mindestens Fr. 50.- und bekomme den detaillierten BastA!-Versand.

Ich will Mitglied von BastA! werden und bezahle einen monatlichen Beitrag von Fr.     .-  
(Richtgrösse ist 1% des Nettoeinkommens, der Minimalbeitrag für Leute mit geringem Einkommen beträgt Fr. 10.- pro Monat).

Ich bestelle die Broschüre “Mobilität mit Qualität” (38 Seiten, Unkostenbeitrag Fr. 5.-)

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Strasse: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

Telephon/Fax: \_\_\_\_\_

Bitte einsenden an:  
BastA!, Basels starke Alternative  
Rebgasse 1, Postfach, 4005 Basel  
oder Fax 691 16 31

## BastA!-Party

Das Grosse Fest vor dem 1. Mai

Liveband: Monomerz, anschliessend Disco

Mittwoch, 30. April 2003 ab 20.30 Uhr  
Sudhaus Warteck, Burgweg 7

Impressum: Nr. /März 2003. Herausgeber: Förderverein BastA!, Rebgeasse 1, Postfach, 4005 Basel, Tel./Fax 061 / 691 16 31, E-Mail: [sekretariat@basta-bs.ch](mailto:sekretariat@basta-bs.ch), PC 40-31244-5, Website: [www.basta-bs.ch](http://www.basta-bs.ch), erscheint mind. 4x jährlich, für alle Mitglieder gratis, Redaktion: Martin Brunner, Martin Flückiger, Druck: Rumzeis Basel